



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaindl, Raimund Friedrich: Die ruthenische Frage 1916 und 1917

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Lehrer in den Städten angestellt, die nur formell zu den deutschen Beamten gehören, in Wirklichkeit aber die Zahl der polnischen Familien vergrößern. Hier könnte der Staat seinen vollen Einfluß geltend machen, indem er die Anstellung von nur durchaus deutschen Lehrern bewirkt. Eine genaue Kenntnis der Nationalität und Gesinnung des Betreffenden wäre doch leicht durch Kreisschulinspektor und Polizei zu ermitteln. An deutschen Bewerbern für die Städte würde es nicht fehlen, auch nicht aus anderen Provinzen.

Also auch die Volksschule kann der Staat deutsch erhalten und vor der etwaigen Polonisierung seitens der Selbstverwaltung bewahren — wenn er will. Die slawische Flut, die mit dem neuen Kurse in der Ostmark hoch geht und durch Einführung des gleichen Wahlrechts noch höher steigen wird, findet dann ihre Dämme. Fest müssen und werden diese sein; denn es steht zu viel auf dem Spiel. Handelt es sich doch darum, ob der schwarze oder weiße Adler über Posen und vielleicht auch über Westpreußen und Schlesien herrschen soll. Ich hoffe aber trotz des neuen Königreichs Polen, und diesen Gedanken teilt sicher jeder echte deutsche Mann, daß in unserer Ostmark der schwarze Adler den weißen für immer vertrieben hat.



## Die ruthenische Frage 1916 und 1917

Von Professor Dr. Raimund Friedrich Kaindl



n früheren Aufsätzen der „Grenzboten“ ist die ältere Entwicklung der Ruthenen bis zur Gegenwart verfolgt und die ruthenische Frage bis 1916 gekennzeichnet worden.\*) Ihr Kernpunkt liegt in zwei Wünschen der Ruthenen: vor allem das alte Streben nach der Befreiung der russischen Ukraina, dann die seit 1848 immer wieder von ihnen versuchte Befreiung Ostgaliziens vom polnischen Druck durch die Umwandlung dieses Gebietes in eine abgesonderte ruthenische Provinz.

\* \* \*

An die Befreiung der Ukraina — wir verstehen darunter stets nur das von Ruthenen bewohnte Gebiet Rußlands\*\*) — mit Hilfe Deutschlands war schon 1791

\*) Kleinow in 1914 Nr. 45 und Kaindl in 1916 Nr. 39 und 50. Eine zusammenfassende Darstellung findet man in meiner Schrift „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“, 2. Aufl. (Leipzig 1917).

\*\*) Auf die irreführende Verwendung der Namen Ukraina-Ukrainer ist schon im „Grenzboten“ 1916 Nr. 39 verwiesen worden. Dort ist auch dargetan, warum ich stets zur Bezeichnung des Gesamtvolkes an dem Namen Ruthenen festhalte. Unter Ukrainer verstehe ich die Ruthenen in Rußland, dann auch die Bürger der neuen Republik Ukraina; mitunter auch nur die eigentlichen Ukrainer am Dniepr. Das ist ungenau genug! Von Ukrainern in Osterreich-Ungarn zu sprechen, ist schon der Deutlichkeit halber ein Mißgriff, abgesehen von anderen wichtigen Gründen!

gedacht worden. Der Plan war damals von ukrainischen Adelligen ausgegangen; aber Preußen vertröstete den Abgeordneten auch einen geeigneten Zeitpunkt. Zur Zeit des Krimkrieges 1853 dachte man andererseits in Preußen an die Schwächung Rußlands durch die Herstellung der Ukraina. 1888 war man zur Zeit der wachsenden Spannung zwischen Wien und Petersburg wieder darauf zurückgekommen. Hartmann trat damals (angeblich von Bismarck veranlaßt) in der „Gegenwart“ für die Herstellung „des Königsreiches Kijew“ ein. Es war wohl nur eine Demonstration, an deren Ausführung nicht gedacht wurde; hat doch Bismarck noch bis 1890 einen geheimen Neutralitätsvertrag mit Rußland gehabt und selbst 1895 noch einer Huldigungsabordnung der Odeßer Deutschen gesagt: „Rußland ist jedenfalls ein besserer Nachbar als mancher andere. Deshalb bleiben Sie gut deutsch, aber schädigen Sie die russische Freundschaft nicht.“ Mit der wachsenden Spannung zu Rußland wuchs in Deutschland das Interesse an den Ruthenen, was die Polen oft bitter vermerkten. Der Weltkrieg hat dann die deutsche Teilnahme überaus rege gestaltet. Dem „Bund zur Befreiung der Ukraina“ wurde ein ganz außerordentliches Entgegenkommen in allen Kreisen gezeigt. Seine Arbeit wurde überall unterstützt. Durch Vorträge, durch unzählige Zeitungsartikel und selbständige Schriften,\* durch die „Osteuropäischen Empfangsabende“ in Berlin und durch die Gründung des „Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Befreiungsbefrebungen“ in München wurde für das Verständnis der ruthenischen Frage gewirkt. In deutsch-österreichischen Kreisen nahm man bei den Beratungen über Österreichs Neugestaltung immer wieder auf die Ruthenen Rücksicht. Man kann sagen, daß noch niemals die deutsche Allgemeinheit so sehr für irgendeine Frage der östlichen Politik eingenommen wurde und man würde wünschen, daß sie nur einigermaßen ähnlichen Eifer den Belangen der Ostdeutschen entgegenbringen würde. In allen diesen Äußerungen Deutschlands und Österreichs ist einstimmig die Nützlichkeit der Befreiung der Ukraina betont worden. Die große Fülle dieser Äußerungen verzeichnen die „Ukrainischen Nachrichten“ (Mitteilungen des „Bundes zur Befreiung der Ukraina“, Wien) und das „Ukrainische Korrespondenzblatt“ (herausgegeben vom Allgemeinen Ukrainischen Nationalrat, Wien). Erwähnt sei nur, daß auch Fürst Bülow in seinem bekannten Werke „Deutsche Politik“ (1906) mit der Erstarkung des russischen Reiches rechnet, „wenn nicht Rußland entweder politischer oder sozialer Zerfetzung verfällt oder die Ukraina, seine Kornkammer und Basis seiner Industrie verliert. Ob die Lösung von Kongresspolen eine Schwächung Rußlands bedeuten würde, steht dahin“ (S. 86).

Diese Stimmung in Deutschland und Österreich wurde in den Blättern des „Bundes“ und verwandten ruthenischen Veröffentlichungen stets sehr anerkennend besprochen. Andererseits ist in den ruthenischen Blättern und zahllosen von Ruthenen verfaßten Schriften\*\* immer wieder die Versicherung zu lesen, daß die Befreiung der Ukraina nur mit unserer Hilfe zu erhoffen sei. In Rußland wurden diese Beziehungen der Ruthenen zu Berlin und Wien und die damit verfolgten Absichten mit Erbitterung festgelegt. Im Frühjahr 1916 schloß ein Kampfsartikel der „Nowoje Wremja“ mit den Worten: „die Verhältnisse der zwischen den Deutschen und Russen wohnenden Völker müssen geordnet werden, aber nicht nach der deutschen Schablone“. Die Besprechung dieses Artikels begleiten die „Ukrainischen Nachrichten“ mit der Bemerkung: „Die Russen hatten vor dem Kriege Zeit genug, das schwere, auf den nichtstaatlichen Nationen lastende Joch zu erleichtern, sie haben das aber nicht getan; jetzt müssen andere ihre Unterlassungssünden gut zu machen trachten.“ Immer wieder wird in diesen ruthenischen Schriften betont, daß die Ukraina der einzige und beste Schutz für Österreich-Ungarn und Deutschland gegen die anwachsende Macht Rußlands sein werde. Man erinnerte auch daran, daß die Ukrainer schon lange den österreichischen Kaiser als ihren Herrscher gewünscht

\* Vgl. das Schriftenverzeichnis in meinem „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“, 2. Aufl.

\*\* Auch diese findet man zumeist in meinem „Polen“ verzeichnet.

hätten. Ja, noch im August 1917 hat nach der „Nowoje Wremja“ der Metropolit Graf Szyptycki an Kaiser Karl eine Kundgebung gerichtet, daß beim Betreten der russischen Ukraina durch die siegreichen österreichischen Armeen die militärischen, rechtlichen und kirchlichen Fragen geordnet werden müssen: die Ukraina sollte ein vollkommen unabhängiger Staat werden; den hervorragendsten populärsten österreichischen Feldherrn könnte Kaiser Karl zum Hetman der Ukraina ernennen. Immer wieder las man, daß Österreich für die Ruthenen eine Zufluchtsstätte vor der russischen Verfolgung gewesen sei. „Die nationalen Fortschritte der österreichischen Ukrainer — führte die Ukrainische Korrespondenz im Juni 1916 aus — fanden in Rußland lauten Widerhall und feuerten die Stammesgenossen immer wieder zum Kampf auf. Jede nationale Errungenschaft in Österreich festigte auch die Position der Ukrainer und ließ sie mit nationalen Ansprüchen an die russische Regierung herantreten. Letztere suchte die ukrainische Nationalidee an ihrem Hauptherde in Galizien durch eine großzügige Agitation, durch Kauf und Anleitung zu Verrat und Empörung zu treffen. Die immer unverblümteren Übergriffe auf galizischem Boden verschärften die ohnedies gespannten Beziehungen zwischen Österreich und Rußland, die schließlich im gegenwärtigen Kriege ihre gewaltsame Auslösung fanden.“ Ebenso haben die Ukrainer Wolhyniens, sobald die russischen Heere von uns verdrängt worden waren, an die Ruthenen in Galizien und der Bukowina eine Adresse gerichtet, in der sie deren Tätigkeit auch als Rettungswerk für sie begrüßten. Andererseits wurden stets wieder harte Anklagen gegen Rußland laut. In allen ruthenischen Schriften und Zeitungen wurden stets die härtesten Vorwürfe gegen Rußland erhoben, die Greuelthaten der Russen im ruthenischen Kriegsgebiet und dessen Russifizierung erzählt, die Bedrückung der griechisch-katholischen Ruthenen und ihre zwangsweise Befehrung zur Orthodoxie geschildert. Ein im „Ukrainischen Korrespondenzblatt“ vom 21. Juli 1916 abgedruckter Artikel über das Verhalten der Ruthenen zu Rußland ist „Unausgleichbare Gegensätze“ überschrieben und schließt mit den Bemerkungen: „Die ukrainische Frage ist längst eine Frage der internationalen Politik geworden. Alle Versuche, Rußlands Macht für immer einzudämmen, laufen konzentrisch in der Notwendigkeit zusammen, die Ukraina, das Kräfte reservoir Rußlands, von Moskowitien abzulösen. Die Größe ihres Gebietes, die natürliche Abgeschlossenheit ihres politischen und wirtschaftlichen Territoriums, der Reichtum und die Fruchtbarkeit des Bodens, der in seinen Stromsystemen zugleich die billigsten Verkehrswege liefert, endlich die sprachliche, kulturelle und stellenweise religiöse Sonderheit des ukrainischen Volkes verbürgen die Lebensfähigkeit eines selbständigen ukrainischen Staates. Die unausgleichbare Gegensätzlichkeit zu Rußland, die sowohl wirtschaftlicher wie politischer und kultureller Natur ist, gibt ihm für immer die Orientierung nach der Seite der Zentralmächte.“ Nach all dem hat man anzunehmen geglaubt, daß die Befreiung der Ukraina nur durch völlige Loslösung von Rußland und im engsten Anschlusse an die Mittelmächte erfolgen könnte.

Inzwischen glimmte in der Ukraina die revolutionäre Bewegung. Man hatte in manchen Kreisen auf sie große Hoffnung gesetzt und war über das lange Ausbleiben einer inneren Bewegung in Rußland enttäuscht. Polnische Politiker suchten die Ukrainer überhaupt politisch und kulturell tot zu sagen, so vor allen A. Brückner in seiner Schrift „Die Slawen und der Weltkrieg“ (1916). Aber schon im Sommer 1916 brachten die Zeitungen die Nachricht, daß die russische Polizei einer ukrainischen Verschwörung auf die Spur gekommen sei. In Petersburg und in Kiew wurden ukrainische politische Vereinigungen entdeckt, die unter dem Verdacht standen, einen bewaffneten Aufstand der gesamten Ukraina angestrebt zu haben. Ein Komitee gab seit Monaten Agitationschriften für die Selbständigkeit der Ukrainer heraus. Sie enthielten die dringende Forderung, das kleinrussische Gebiet als Randstaat von Rußland loszulösen. In einem Manifest soll darauf verwiesen worden sein, daß der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch wohl den Polen Autonomie zugesagt, den Ruthenen in Galizien aber völlige Russifizierung in Aussicht gestellt hätte. Man wird nicht irren, wenn man dieses stärkere Hervortreten der Bewegung

in der Ukraina mit den Siegen der Zentralmächte in Verbindung bringt. Wohl sind wir nicht bis in die eigentliche Ukraina gedrungen, aber der Sieg unserer Waffen hat nicht nur den Polen, sondern auch den Ukrainern die Freiheit gebracht. Ohne das Niederringen der russischen Heere wäre es nicht zur Revolution, nicht zum Sturz des Zarentums, und damit auch nicht zum Gelingen der ukrainischen Bewegung gekommen. Diese ist also von uns nicht nur moralisch unterstützt, sondern auch auf dem Schlachtfelde gefördert worden. Die Zertrümmerung des Zarismus war durchaus nicht so ganz ein Werk der inneren Revolution, wie jetzt gern behauptet wird. Ein anderer Grund des Gelingens der Bewegung in der Ukraina ist, daß sie wie die allgemein russische überwiegend sozial ist.

In welchem engeren Verhältnisse die revolutionären Kreise in der Ukraine zu dem „Bunde zur Befreiung der Ukraina“ und dessen Förderern standen, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Jedenfalls finden wir in diesen Kreisen Männer, die aus der Ukraina stammen und daraus kein Hehl machen. So rühren zahlreiche Artikel, die stets scharf gegen Rußland und für den Anschluß an die Mittelmächte eintreten, von einem ehemaligen Hochschullehrer in Kijew her. In der Ukraina selbst hat freilich stets eine Partei bestanden, die nicht alle Brücken, die nach Petersburg führten, abbrach. Auch die russische Öffentlichkeit sollte für die Berechtigung der ukrainischen Forderungen gewonnen werden. Diesem Zwecke diente z. B. ein Aufsatz über die nationale Wiedergeburt der ukrainischen Nation im Petersburger „Rjesch“ (Juni 1916), den die „Ukrainische Korrespondenz“ im September in Übersetzung brachte. Dieser Artikel tritt sehr kräftig gegen die Bedrückung der Ukrainer und für ihre Rechte ein: daß aber die Erfüllung dieser Forderung nur durch Losreißung von Rußland erfolgen könnte, wird nicht mit einem Worte angedeutet. Wie maßgebend diese Richtung in der Ukraina war, lehrten die Ereignisse nach dem Ausbruch der Revolution: die Ukrainer entschieden sich für den Verbleib bei Rußland. Die andere Richtung (selbständige Ukraina im Anschluß an die Mittelmächte) hätte nur den Sieg davongetragen, wenn wir die Ukraina (wie Polen) mit Waffengewalt befreit hätten. Unrichtig ist die Behauptung\*) daß auf diesen Ausgang die Haltung der Mittelmächte den Polen und österrussischen Ruthenen gegenüber einen entscheidenden Einfluß geübt hätte.

Die sofort in der Ukraina mit großer Stärke hervortretende Bewegung war auf die nationale Autonomie und soziale Reformen (Bauernkongresse, Aufteilung von Grund und Boden!), nicht aber auf die Losreißung von Rußland gerichtet. Gleich in den ersten Tagen der Revolution bildete sich in Kijew aus Abgeordneten aller ukrainischen Parteien der „Ukrainische Zentralrat“, dessen Obmann der bekannte Lemberger Professor Michael Hruschewskij wurde. Der Zentralrat leitete die Bewegung und berief den ukrainischen Nationalkongreß ein, der vom 19. bis 21. April in Kijew tagte. Dieser sprach sich, wie die Petersburger Telegraphenagentur schon am 21. April meldete, für die russische demokratische Bundesrepublik aus, in der der Ukraina eine allerdings weitgehende Autonomie eingeräumt werden sollte. Der einzuberufende russische konstituierende Reichstag sollte diese Beschlüsse nur bestätigen dürfen. Der „Ukrainische Zentralrat“ wurde entsprechend erweitert; Aufnahme fanden Vertreter der ukrainischen Gouvernements, der Großstädte, der verschiedenen Parteien, der Geistlichkeit, Studentenschaft und Arbeiter. Die laufenden Geschäfte übernahm ein Exekutivkomitee (Hruschewskij, Zefremiv und Wynnyschenko). Der Zentralrat hatte für den weiteren Ausbau der Verwaltung zu sorgen. Die provisorische russische Regierung war klug genug, auf diese Forderung einzugehen und so wurde die ukrainische Sprache sofort gesetzlich anerkannt. Der Ausbau der ukrainischen Republik nahm unter der Führung des Zentralrates raschen Fortgang. Überall traten nun Ukrainer an die Spitze der Verwaltung, die ukrainische Sprache fand überall Eingang, ukrainische Vereine und Organisationen bildeten sich in rascher Folge, ukrainische Zeitungen (darunter das Hauptblatt „Nowa Rada“) erschienen, eine ukrainische Miliz entstand und

\*) Z. B. M. Lofinskij, die revolutionäre Ukraina (Wien 1917).

die Bildung der ukrainischen Armee wurde in Angriff genommen, der griechisch-katholische Ritus wurde gesetzlich anerkannt und die ukrainische Kirche sollte wieder selbständig werden. Nicht nur in Kijew und der Ukraina, sondern auch in Petersburg und Moskau traten ukrainische Organisationen ins Leben. Anfangs Juli kam dann die Nachricht, daß der ukrainische Zentralrat in einer Proklamation an das ukrainische Volk angekündigt habe, daß die ukrainische Republik konstituiert sei. Es wurde eine ukrainische Regierung eingesetzt, und zwar ein Reichsverweser, ein Kriegs-, ein Marine-, ein Justiz- und ein Finanzminister, ferner ein Minister des Äußeren. Alle Steuern werden nur für die ukrainische Regierung erhoben.

Trotz vieler Schwierigkeiten von Seiten der russischen provisorischen Regierung und innerer Wirren ging der staatliche Ausbau der Ukraina weiter vor sich. Im Juli hören wir von der ersten Besetzung der Ministerien. Hruschewskij blieb Obmann des Zentralrates, Wynnyschenko wurde Minister des Inneren und Ministerpräsident, Zefremiw Minister des Äußeren; ebenso wurden die Posten der anderen Minister besetzt. Zugleich wurden auch Anstalten zur Umbildung des Zentralrates in einen ukrainischen verfassungsgebenden Landtag getroffen. Im Oktober verkündete das mit dem Akt der vorläufigen russischen Regierung vom 4. August bestätigte „Generalsekretariat“ als oberstes Landesorgan der Ukraina, daß seine Gestaltung nahezu vollendet sei und es die Regierung im Lande übernimmt. Im November wurde mit der Begründung, daß die altrussische Zentralregierung das Staatsleben nicht zu leiten vermag, eine Vermehrung der Sekretariate (Ministerien) vorgenommen. Um diese Zeit hören wir auch wieder von der Absicht, eine souveräne ukrainische Republik zu proklamieren, doch kam es nicht zur Loslösung von Rußland; denn das am 21. November vom Ukrainischen Zentralrat erlassene Manifest hat folgenden Wortlaut: „Von nun an ist die Ukraine eine Volksrepublik. Ohne sich von der russischen Republik loszulösen, und die Einheit mit Rußland bewahrend, werden wir auf unserem Boden allein verfügen und werden mit unseren Kräften dazu beitragen, daß das gesamte russische Land sich zu einem Bundesstaat von gleichen und freien Völkern vereinige. Bis zur Einberufung der ukrainischen verfassungsgebenden Versammlung fällt uns, dem Ukrainischen Zentralrate und der ukrainischen Regierung, d. h. dem Generalsekretariat der Ukraina, die Aufgabe zu, die gesamte Macht in unseren Händen zu vereinigen, die Ordnung in unserem Lande aufrechtzuerhalten und Gesetze zu erlassen. In vollem Bewußtsein der Macht und Stärke des ukrainischen Volkes stehen wir als Beschützer des Rechtes und der Revolution nicht nur bei uns, sondern in ganz Rußland. Das Gebiet der ukrainischen Volksrepublik umfaßt folgende Gouvernements: Kijew, Podolien, Wolhynien, Tschernyhiw, Poltawa, Katerynoslaw, Chersson, Charkow und Taurien ohne die Krim. Die endgültige Festsetzung der Grenzen der ukrainischen Republik sowie die Frage der Vereinigung jener Gebiete, in denen die ukrainische Bevölkerung die Mehrheit bildet, d. h. der Gouvernements Kurland, Cholm, Woronisch und der übrigen gemischten Gouvernements, wird im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Völkern erfolgen.“\*) Auch sei noch daran erinnert, daß die Schwarze Meerflotte als ukrainische Flotte erklärt wurde. Und als letzter Erfolg ist die Teilnahme der ukrainischen Regierung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu nennen, und zwar anerkannt von Rußland und den Mittelmächten.

Alle diese Erfolge der Ukraina wurden im steten Kampf gegen die provisorische russische Regierung und unter manchen Reibungen unter den Ukrainern selbst\*\*) errungen. Ausführlich kann hier darauf nicht eingegangen werden. Man nimmt ja kaum ein Zeitungsblatt in die Hand, in dem nicht von Spannungen

\*) Der russische provisorische Regierungsrat hat der Ukraina nur 5 Gouvernements zugestehen wollen.

\*\*) Man vgl. vor allem die Nachrichten über die Ministerkrise Wynnyschenkos in der „Ukrainischen Korrespondenz“, Nr. 32 ff.

und Entspannungen, diplomatischen Streitigkeiten, drohenden Kriegserklärungen und blutigen Kämpfen zwischen den beiden Regierungen die Rede ist. Es geht so weit, daß zu gleicher Zeit, da die Vertreter Rußlands und der Ukraina in Brest-Litowsk sich zu Friedensverhandlungen zusammenfinden, Kämpfe zwischen beiderseitigen Truppen an der Tagesordnung sind (Anfangs Januar 1918)! Halten wir dazu noch die Nachricht, daß aus Kijew auch Gegenverschwörungen zur Wiederherstellung des Zarentums berichtet wurden und daß die weitgehenden sozialen, die Masse der Bauern mitreisenden Reformen auf große Schwierigkeiten stoßen werden,\*) so ersieht man daraus, daß die gegenwärtigen Zustände in Rußland noch sehr wandelbarer Natur sind. Im einzelnen sind diese wirren Vorgänge für uns ziemlich belanglos und es wäre überflüssige Mühe, aus den widersprechenden Zeitungsnachrichten den Kern herauszuschälen.

\* \* \*

Bemerkenswert sind aber gewisse Begleiterscheinungen, die die Haltung der Ukraina zu den politischen Mächtegruppen kennzeichnen.

In ihren Kämpfen mit der Petersburger Regierung drohten die Ukrainer, wenn es ihnen nützlich erschien, mit ihren Beziehungen zu den Zentralmächten. Deshalb verwiesen im Juli 1917 die russischen Blätter auf die in Kijew im Dienste Österreichs stehenden Spione und Agenten. „Russoje Slowo“ erzählt Mitte Juli von Verbrüderungsfesten in Kijew zwischen Ukrainern, deutschen und österreichischen Soldaten. Dann hören wir gelegentlich des vorübergehenden Rücktritts Wynneifchenkos, daß einige Mitglieder der russischen Regierung ihm Deutschfreundlichkeit vorwarfen. Die Ukrainer verwiesen Ende August auf die Möglichkeit, sich auf Österreich-Ungarn und Deutschland, „die viele Freunde im Räte der Ukraina haben“, zu stützen, wenn die russische Regierung sich ihren Forderungen widersetze. Ein anderes Mittel, die russische Regierung gefügig zu machen, bestand darin, daß auf die Möglichkeit der vollständigen Lostrennung der Ukraina von Rußland (also auf ihren engeren Anschluß an die Mittelmächte), hingewiesen wurde. Auf dem Kongreß im April war dafür — wie eine ruthenische politische Schrift ausführt — nur eine Minderheit vorhanden. Aber für ihre Bedeutung sprechen unzweideutig (?) folgende Worte des Professors Michael Gruschewskyj, welcher in einem Zeitartikel des Kijewer ukrainischen Hauptorgans „Nowa Rada“, nachdem er die Forderung der Autonomie der Ukraina in einer föderativen Republik aufgestellt hat, erklärt: „Aber das Banner der selbständigen Ukraina bleibt weiter bestehen und es wird in dem Momente gehißt werden, wenn die allrussischen Zentralisten uns das Banner einer weiten Autonomie der Ukraina in der russischen föderativen und demokratischen Republik aus den Händen reißen wollten. Das ist klar und sollte auch den Lenkern des russischen Reiches klar sein.“ Man hielt also immer das zweite Eisen im Feuer und das half, da auch das Waffenglück der Mittelmächte den Ukrainern zugute kam. Unter Hinweis auf diese Lage trat Kerenski im Juli für die sofortige Verständigung mit der Ukraina ein; der Widerstand der Kadettenpartei wurde gebrochen und die Kadettenminister demissionierten, worauf die grundlegenden Zugeständnisse an die Ukraina gewährt wurden. Mit der Freundschaft der Zentralmächte rechneten auch die Ukrainer, wenn sie im August an die Bevölkerung Wolhyniens und Podoliens einen Aufruf richtete, das Land im Falle einer Okkupation nicht zu verlassen. Andererseits aber hat der ukrainische Kriegsminister Petljura gleichzeitig an die ukrainischen Soldaten den Befehl gerichtet, daß der deutsch-österreichische und ungarische Vormarsch die Ukrainer ihrer Freiheit beraube und die Revolution mit Vernichtung bedrohe. Er rief sie daher auf, an der russischen Front für die Freiheit der Ukrainer zu

\*) Immer wieder muß betont werden, daß die fast durchaus aus Analphabeten bestehenden Bauern nicht von ideal nationalen, sondern von wirtschaftlichen Interessen geleitet werden. Werden ihre Hoffnungen durch die jetzigen Führer nicht erfüllt, so werden sie leicht von anderen gewonnen werden. Das gilt selbstverständlich auch für die Ruthenen-Ukrainer.

kämpfen. Ein Artikel der „Ukrainischen Korrespondenz“ bemüht sich, diesem Befehl jede Spitze gegen die Zentralmächte zu nehmen. Das sei eine Verbeugung vor der russischen provisorischen Regierung, die soeben die ukrainischen Forderungen anerkannt hatte: „Jeder Feind der russischen Regierung ist der Ukraina als Bundesgenosse willkommen. Nur müsse sich die russische Ukraina, angesichts ihrer bisherigen Errungenschaften, der (russischen) Regierung gegenüber vorderhand (!) wohlwollend neutral verhalten.“ Der Artikel sagte dann weiter, daß es im Interesse der Mittelmächte liege, die Selbstständigkeitsbewegung in Rußland womöglich zu fördern, nicht aber zu behindern: „Allerdings würde sich für die Mittelmächte, in dem Falle, wenn Rußland an eine gewaltsame Unterdrückung der ukrainischen Selbstständigkeitsbewegung schreiten sollte, Gelegenheit bieten, zugunsten der Ukrainer einzugreifen. Dann würde auch ein Öffnen der Front, womit die russischen Ukrainer gedroht haben sollen, wohl zur Tat werden.“ Nach dem bisher Gesagten kann es uns gar nicht überraschen, daß schon am 23. August 1917 das Regierungsblatt des Ukrainischen Zentralrates jede Beziehung zum „Bund zur Befreiung der Ukraina“ ablehnete. Das hat auch etwas später Professor Michael Hruschewsky, der Vorsitzende des Zentralrates, bestätigt: „Der Ukrainische Zentralrat hat mit dem „Bunde zur Befreiung der Ukraina“ (Berlin-Wien) keine Beziehungen unterhalten. Die genannte Organisation hat sich zwar an den Zentralrat in verschiedenen Angelegenheiten gewendet, der Zentralrat hat aber noch im Mai l. Js. beschlossen, mit dem Bunde bis zum Kriegsende keine wie immer gearteten Beziehungen zu unterhalten, welcher Beschluß auch streng eingehalten wird. Offenbar auf Veranlassung der ukrainischen Regierung hatte hierauf im November auch das Präsidium des Ruthenenklubs im österreichischen Reichsrat an die Presse eine Erklärung versendet, in der sich der Klub dagegen verwahrt, irgendetwas mit Nachenschaften zu tun zu haben, die angeblich von Schweden aus betrieben werden und auf die volle Selbständigkeit der Ukraina im Gegensatz zum Programm einer autonomen Ukraina im Rahmen der russischen föderativen Republik gerichtet sind. Sehr bezeichnend urteilt unter Berufung auf eine Unterredung mit dem ukrainischen Regierungschef Wynnyschenko ein Berichterstatter der „Nowoje Wremja“: „Wie aus den Äußerungen Wynnyschenkos erhellt, bestehen unter den Ukrainern zwei Strömungen: die eine Gruppe von Parteien, allerdings die maßgebende in der Ukraina, strebt mit Rußland Beziehungen auf Grund der Gleichheit an, was offenbar darauf hinausläuft, daß die Ukraina, mit der künftigen russischen Bundesrepublik somit auf föderativer Grundlage vereinigt, bis zum Eintritt der erwünschten staatsrechtlichen Beziehungen mit der vorläufigen Regierung in Eintracht leben wolle. Die Unabhängigkeitspartei ist die schwächere Strömung in der Ukraina, verfügt aber trotzdem über einen ansehnlichen Anhang. Diese Partei wünscht eine selbständige ukrainische Politik und strebt offenkundig nach einer Loslösung der Ukraina, nach Verkündung eines selbständigen ukrainischen Staates . . . Die Anhänger der ersten Strömung betrachten die Einigung mit Rußland als ein Mittel zur Stärkung der neuen politischen Organisation in der Ukraina. Jetzt sei nach ihrer Ansicht der Bund mit Rußland, das das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verkündet hat, bequemer, als ein Bund mit Österreich und Deutschland. Sollten aber jenseits der Reichsgrenze Ereignisse eintreten, die den Ukrainern mehr Rechte und Zugeständnisse verheißen, dann würden sie kein Bedenken tragen, einen Bund mit den Zentralmächten zu schließen.“

Inzwischen haben bekanntlich die Ukrainer auch den Anschluß an Frankreich und England gesucht. Nach einer Meldung von Ende August wirft Wynnyschenko den Alliierten vollständige Gleichgültigkeit gegenüber den Ukrainern vor und fordert, daß Frankreich und England den Ukrainern die politische Autonomie garantieren sollen. Er weist weiter den Vorwurf zurück, daß die ukrainische Bewegung mit deutschem Geld aufrechterhalten werde. Die Ukrainer benötigen nicht deutsches Geld; sie haben selbst eine Million Rubel für diese Bewegung geopfert. Je mehr die russische Regierung sich der Forderung der Ukrainer widersetze, desto mehr wenden sich ihre Blicke nach Österreich-Ungarn und nach Deutschland, die viele

Freunde im Räte der Ukrainer besitzen. Die Beziehungen zur Entente wurden auch in der Folge weiter gepflegt. So erfahren wir im November, daß in Kiew der Leiter der französischen Kriegsmission dem Regierungschef und den Mitgliedern des Generalsekretariates Besuche abstattete und sie zur Teilnahme an der Eröffnung der französischen Feldlazarette einlud. Bald darauf erfahren wir, daß am 7. Dezember die Diplomaten der Entente dem Ukrainischen Zentralrat erklärten, ihre Regierungen seien bereit, die ukrainische Republik, bestehend aus allen nationalen Territorien, anzuerkennen, wenn die Ukraina sich verpflichte, den Krieg auf Seite der Alliierten fortzusetzen. Diesem Anerbieten gegenüber antwortete das ukrainische Parlament: „Die Ukraina wünsche strenge Neutralität zu beobachten, um sich die Freundschaft der beiden kriegführenden Parteien zu erhalten. Denn einerseits müsse sie für die gedeihliche Entwicklung im Innern des Landes Sorge tragen, andererseits sich die Hände freihalten, um dem moskowitzischen Zentralisationsgeiste mit Erfolg entgegenzutreten zu können.“ Zwei Wochen später hören wir, daß die Vertreter der westlichen Ententemächte über die internationale Stellung der Ukraina interpellierten und den ukrainischen Repräsentanten moralische, finanzielle und ökonomische Unterstützung versprochen, falls die Ukraina sowohl gegen Rußland wie Osterreich-Ungarn den Krieg fortsetzen werde. Der Präsident der „Rada“ Druschewskij und Kriegsminister Petljura wiesen dieses Ansinnen mit der Erklärung zurück, daß die Ukraina neutral bleiben werde, und nur ihre Interessen zu verteidigen entschlossen sei. Gleich darauf wurde Englands und Frankreichs Absicht bekannt, Gesandte nach der Ukraina zu entsenden, um ihre Interessen vertreten zu lassen. Aus Amsterdam kam sodann die Mitteilung, daß von englischer und französischer Seite beim ukrainischen Zentralrat Schritte unternommen wurden, um zu verhindern, daß sich die Ukrainer am Abschluß eines Sonderfriedens beteiligen. Die Entente würde dafür die Ukrainer als den hauptsächlichsten russischen Staat und als Zentrum für die neue Organisation des russischen Reiches anerkennen. Ebenso lauten italienische Nachrichten dahin, daß man auf die Feindseligkeit der Ukrainer gegen die Maximalisten und den Vierbund gerechnet habe und ihre Verständigung fürchte. Schließlich sei nur noch an die Mitteilung aus Petersburg (29. Dezember) erinnert, wonach ein abgefangenes chiffriertes Telegramm die Verständigung Frankreichs mit dem Zentralrate wegen der Friedensverhandlungen und des gemeinsamen Kampfes an der rumänischen Front dargetan haben soll. Dieses Telegramm beweist, „daß die Alliierten in nachdrücklichster Weise alle gegen den Frieden und die Arbeiterregierung gerichteten Bestrebungen unterstützen und daß die „Rada“ unter dem Vorwande der Verteidigung der nationalen Freiheit, die niemand irgendwie bedroht hat, Hand in Hand mit den Engländern und Franzosen geht, um die Interessen der reichen Bauern und bürgerlichen Intellektuellen gegen Angriffe der armen Bauern und Arbeiter zu schützen.“ Einige Tage später erklärte der russische Gesandte Worowski, die Aufwiegelung der Ukraina wäre ein erfolgloser Verzweigungsakt der Entente.

Faßt man die Eindrücke der Ereignisse der letzten Monate zusammen, so kommt man zum Ergebnis, daß unter den Ukrainern zwei Richtungen miteinander kämpften: eine, die im Bund mit den Zentralmächten die völlige Selbständigkeit der Ukraina erringen wollte, und die andere, die aus Rußland nicht ausscheiden will und sich mit einer autonomen Stellung der Ukraina innerhalb Rußlands zufriedensetzt. Die erste Richtung ist nach dem Ausbruch der Revolution ganz zurückgetreten und hat höchstens Aussicht zur Geltung zu kommen, wenn in Rußland ein starker Umschwung zuungunsten der Ukrainer stattfinden würde. Sonst binden aber alte Gewohnheit und wichtige Lebensinteressen Rußland und die Ukraina so stark aneinander, daß allzu weitgehende Hoffnungen auf ihre bleibende Gegnerschaft nur als Utopie zu bezeichnen sind. Das Verhalten zu den Westmächten trachtet die Ukraina ebenfalls ganz nach ihrem Interesse einzurichten. Sobald Rußland zu diesen Mächten durch seinen Friedenswillen in Gegensatz trat, fand sofort ein Zusammenschluß zwischen ihnen und der Ukraina statt.

\*

\*

\*

Wenden wir uns nun der ruthenischen Frage in Österreich zu, die selbstverständlich zur ukrainischen in engen Beziehungen steht.

Seit 1848 trachten die Ruthenen Galiziens das zumeist von ihnen bewohnte Ostgalizien zu einer autonomen Provinz Österreichs umzugestalten, um es dem polnischen Einflusse zu entziehen.\*) Die Polen haben stets dieses Bestreben auf das schärfste bekämpft und unterstützten gegen diese „jungruthenischen“ Pläne lieber die „Altruthenen“, die den Anschluß an Rußland wünschten, weil dieses Streben ihnen ungefährlicher schien. Nach Ausbruch des Krieges haben die Ruthenen wieder ihre Forderungen auf die Abtrennung Ostgaliziens erhoben, und seither oft betont. Besonders scharf wurde dieser Kampf, als durch das Patent vom 5. November 1916 eine erhöhte Sonderstellung Galiziens (zugunsten der Polen) in Aussicht gestellt wurde\*\*). Das hatte zur Folge, daß die Ruthenen sofort „Vermahrung gegen eventuelle Einverleibung der von Rußland befreiten ukrainischen Länder (Cholmland, Podlachien-Podlesien, Wolhynien) in das neugeschaffene Königreich Polen“ einlegten, gegen „die Sonderstellung Galiziens unter polnischer Herrschaft“ protestierten und wieder „die Bildung eines besonderen ukrainischen Kronlandes im Rahmen Österreichs“ forderten. Neue Erregung bemächtigte sich der Ruthenen, als am 6. April 1917 der Polnische Staatsrat auf die „ethnographisch zwischen Polen und Rußland liegenden Länder, die in alter Schicksalsbeziehung zu Polen stehen“, Anspruch erhob. Dagegen hat am 21. April die ruthenische parlamentarische Vertretung eine Vermahrung eingelegt. (Vgl. Ukrainische Korrespondenz Nr. 15, 16, Seite 15.) Als Ende Mai der österreichische Reichsrat zusammentrat, hat dieselbe Vertretung sofort in der Eröffnungsitzung (30. Mai) kräftige Kundgebungen veranlaßt, in der sie ihre Wünsche betreffs Ostgalizien erneuerten und sich gegen die Vereinigung selbst der kleinsten Teile ukrainischer Gebiete von Cholmland, Podlesien und Wolhynien mit dem Königreich Polen aussprachen. Am 12. Mai forderte der Obmann der ruthenischen parlamentarischen Vereinigung „zum mindesten die Vereinigung Ostgaliziens, nach Abtrennung des polnischen Westgaliziens, mit der ukrainischen nordöstlichen Bukowina zu einer besonderen, mit eigener Selbstverwaltung ausgestatteten Provinz, und bei etwaiger Neugestaltung in der ganzen Monarchie die Angliederung des ukrainischen nordöstlichen Teiles von Ungarn an diese Provinz, damit die Ukrainer 2 Österreich-Ungarns in diesem neuen, aber zugleich auf alten historischen Grundlagen aufgebauten Galizien sich ihren Volksgenossen in der russischen Ukraina nicht nachgesetzt fühlen dürfen.“ In rascher Folge folgten dann die Forderungen nach Errichtung der ruthenischen Universität in Lemberg, „nationalterritoriale Selbstverwaltung“, Anstellung ruthenischer Beamter in Ostgalizien, ja es ist jetzt (Januar 1918) schon die Rede von der Durchführung einer Agrarreform durch Aufteilung des meist polnischen Großgrundbesitzes an die Bauern. Gleichzeitig traten die ruthenischen Abgeordneten zur Regierung in Opposition, verweigerten das Budget und traten mit Tschechen, Südslawen, Italienern und Rumänen in Verbindung.\*\*\*)

Es ist kaum nötig zu betonen, daß diese erhöhten Forderungen der Ruthenen unter dem Einflusse der russischen Revolution stehen. Die sehr gemäßigten Bukowiner Ruthenen begleiteten ihre Forderung nach der Schaffung einer ruthenischen Provinz aus allen ruthenischen Gebieten der Monarchie mit der Bemerkung: „daß die Führer der ukrainischen Bewegung in Rußland nur dann aus ihren Zukunftsplänen die österreichischen Ukrainer ausschalten werden, wenn sie dieselben von polnischer Bedrückung frei als wirkliche gleichberechtigte Bürger dieses Staates

\*) Ihr Memorandum von 1848 findet man in meiner Quellenammlung „Polen“ (Leubner Leipzig). Die andere Literatur über diese Bewegung und eine zusammenfassende Darstellung in „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“ (ebenda).

\*\*) Vgl. meinen Aufsatz in Grenzboten 1916 Nr. 50.

\*\*\*) Die Beschlüsse des am 25. und 26. Dezember in Lemberg gehaltenen Kongresses sind infolge des Eingreifens der Zensur bisher nicht vollständig bekannt. Vgl. Ukrainisches Korrespondenzblatt No. 3 (1918).

(Österreich-Ungarns) in Sicherheit wissen.“ Und als im November die austropolnische Frage zur Sprache kam (nach der bekanntlich Galizien an Polen fallen würde), haben die Ruthenen wieder eine Reihe der schärfsten Proteste im Reichsrate gegen diese Lösung vorgebracht, mit dem Abrücken von Österreich gedroht und die Hoffnung auf die Entente bei den Friedenskonferenzen angedeutet.

Ob die österreichischen Ruthenen durch dieses Vorgehen ihre Position gebessert haben, ist sehr zweifelhaft. Schon die Annahme des Namens Ukrainer scheint mir für sie nachteilig zu sein. So manchen von uns wird die kräftige Unterstützung ihrer Wünsche dadurch erschwert. Selbst die Bukowiner Ruthenen, die die Polennot nicht bedrückt, können ihnen in den zu weit gehenden Forderungen nicht folgen; sie haben nicht nur ihren österreichischen Standpunkt sehr stark betont, sondern den galizischen Ruthenen die Gefolgschaft bei radikalen Schritten in Verbindung mit den Tschechen und Südslawen versagt.<sup>\*)</sup> Dazu kommt aber, daß die Führer dieser Ruthenen nur zu gut wissen<sup>\*\*</sup>), daß die Entwicklung Rußlands und der Revolution noch unsicher ist, daß die Ruthenen darüber die Orientierung nach dem Westen nicht vergessen dürfen, daß Galizien nicht nur für die österreichisch-ungarischen Ruthenen, sondern auch für die ukrainischen ein Hort ist, in dem diese „auf ihrem gewiß noch dornenvollen Wege bis zur Durchsetzung des selbständigen ukrainischen Staates“ einen Rückhalt finden werden. Auch die Ruthenen Rußlands haben ähnliche Gedanken geäußert. Nach der „Nowoje Wremja“ (Oktober) hat ein Sozialdemokrat des ukrainischen Zentralrates auf die Frage, welchen Plan hegt ihr bezüglich der ukrainischen Gebiete in Österreich-Ungarn? „ausweichend“ geantwortet: „In dieser Frage sind die Meinungen geteilt. Vor der Revolution wünschte kein Ukrainer, daß Galizien mit Rußland vereinigt werde, da gerade nur in Galizien die selbständige ukrainische Kultur eine Entwicklungsmöglichkeit gefunden hat.“ Warum die Antwort nicht bestimmter ausfiel, ist klar: weil der schließliche Ausgang der Dinge in Rußland nicht sicher scheint. Ob daher die ukrainische Regierung, wie der „Wiedensti Kurjer Polski“ vom 24. Dezember gemeldet hat, der österreichisch-ungarischen Regierung den Vorschlag machen werde, die von Ruthenen bewohnten Gebiete der Monarchie mit der Ukraina zu vereinigen, ist zweifelhaft — und ihr Erfolg noch mehr als zweifelhaft. Selbstverständlich ist es, daß der Zentralrat auch für die Ruthenen in Galizien das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nimmt<sup>\*\*\*</sup>) und gegen die Einverleibung ruthenischer Gebiete ins Polenreich Einspruch erhebt.

Für die Ruthenen ist und bleibt die auch von uns Deutschen für sie geforderte Autonomie Ostgaliziens im Rahmen Österreich-Ungarns das Beste.<sup>†</sup>) Dieses Ziel darf mit der Staatenbildung in der Ukraine nicht verquitt werden; Mäßigung ist dringend nötig. Die Forderung der Vereinigung aller Ruthenen in einem Staate muß fallen gelassen werden; auch alle Deutschen wohnen nicht in einem Staate. Auch an dieser Stelle will ich betonen, daß die Politik der Ruthenen gegen die unter ihnen wohnenden Deutschen ihren Anforderungen an das deutsche Volk bei der Erstrebung ihrer politischen Ziele entsprechen soll. Diese Ansichten habe ich auf eine Rundfrage des „ukrainischen Korrespondenzblattes“ im Oktober 1917 geäußert (vgl. Nr. 40/1, 1917) und kann sie auch jetzt nur wiederholen.

<sup>\*)</sup> Vgl. besonders „ukrainisches Korrespondenzbl.“ Nr. 23, S. 7 u. 44/5, S. 10.

<sup>\*\*</sup>) „Steuropäische Zukunft“ 1917, Nr. 17 (Juni), S. 192 u. „Ukrain. Korrespondenzblatt“ Nr. 23, S. 7.

<sup>\*\*\*</sup>) Natürlich wird es zu den geforderten Abstimmungen in Ostgalizien nicht kommen. Solche Abstimmungen würden hier (man denke an die alte Todfeindschaft zwischen Alt- und Jung Ruthenen) zu ähnlichen Kämpfen führen, wie sie in Rußland toben. Das wäre wohl auch anderwärts die Folge der (mit einigem fremden Geld geleiteten) Selbstbestimmung der Völker! Es würde dabei nicht anders zugehen, als bei den berüchtigten galizischen Wahlen!

<sup>†</sup>) Merkwürdigerweise wird dieses Entgegenkommen der Deutschen von den Ruthenen oft übersehen. Vgl. „Ukr. Korrespondenzbl.“ 44/5 S. 9 und B. Schilling-Singalewitsch, „Zur Frage der Sonderstellung Galiziens“ (Wien 1917).

Es bleibt noch zu bemerken übrig, daß auch der Vorschlag gemacht wurde („Ostdeutsche Rundschau“ 1917, 17. November), im Falle der Vereinigung von ganz Galizien mit Polen dem Ruthenengebiet etwa jene Stellung zu Polen zu geben, die Kroatien in Ungarn besitzt. Diese Lösung würde den Kampf zwischen Polen und Ruthenen nicht beenden und überdies noch andere Nachteile nach sich ziehen.



## Friedensreden, ein diplomatisches Terzett

Don Georg Kleinow



n Berlin und Wien haben am gleichen Tage die leitenden Staatsmänner zu den Friedensbestrebungen bei Freund und Feind in großen Parlamentsreden Stellung genommen. Die Berliner Rede wurde durch einen Bericht des Staatssekretärs von Kühlmann über die Verhandlungen in Witauisch-Brest ergänzt. Die Ausführungen der drei Minister sind voneinander nicht zu trennen: sie ergänzen sich; sie bilden gemeinsam ein Ganzes; ihre Zusammengehörigkeit tritt besonders da zutage, wo die Herren den eigenartigen Verhältnissen und Stimmungen ihrer Länder Rechnung tragen. Dadurch formt sich uns das Bild der Gesamtlage, die aus der einzelnen Rede nicht ohne weiteres erkennbar wird.

Die Reden wurden mit besonderer Spannung erwartet, nicht nur weil sie uns Auskunft geben sollten vom Stande der Friedensverhandlungen mit Rußland, sondern auch deshalb, weil sie in einer Stunde ungewöhnlich großer innerer Erregung gehalten werden mußten; die Friedensverhandlungen selbst waren allem Anschein nach in eine Sackgasse geraten; der Fortgang der innerrussischen Auseinandersetzungen läßt die Erfolge der Sonderverhandlungen mit der Ukraina immer problematischer erscheinen, während die Aussichten, wirtschaftliche Anknüpfungen in Nordrußland zu gewinnen, zunächst ziemlich verflüchtigt sind. Daneben sind in Osterreich-Ungarn Erscheinungen zutage getreten, die, abgesehen von den Theoretikern und Praktikern des sozialistischen Internationalismus, sowohl daheim wie auch in allen Teilen der verbündeten Armeen als ein Überfall aus dem Hinterhalt empfunden worden sind. Herr Graf Hertling hat dieser gespannten Lage an der inneren Front durch größte Vorsicht Rechnung tragen zu müssen geglaubt, während Herr Graf Czernin den Stimmungen durch schärfste Betonung seines persönlichen Standpunktes gerecht zu werden suchte. Die augenblickliche Wirkung ist deshalb, soweit sich solches aus der deutschen Presse erkennen läßt, mehr durch Czernin als durch Hertling bedingt. Des deutschen Reichskanzlers Rede ist, bezüglich der eigentlichen Friedensverhandlungen in Witauisch-Brest, durch die Ereignisse in Rußland, insbesondere durch das militärische Vorgehen der Maximalisten gegen die Ukraina,